

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

November 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Miriam Greif

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 23. bis zum 29. November 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

Kommissionspräsident Barroso stellt designierte Kommission vor

Schneller als erwartet stellte Barroso bereits am 27.11. die neue Kommission vor, welche voraussichtlich am 26.01.10 auf einer Sondersitzung im Europäischen Parlament bestätigt wird, so dass sie am 01.02.10 ihr Amt antreten kann. Die Anhörungen in den Parlamentsausschüssen finden vom 11.-19.01.10 statt. Unter den 27 Kommissionsmitgliedern sind 9 Frauen (darunter vier Liberale), 13 Konservative, 8 Liberale und 6 Sozialdemokraten. Von 7 Kommissionsvizepräsidenten stellen die Sozialdemokraten 3, die Liberalen 2 und die Konservativen ebenfalls 2. Keine herausgehobene Position haben die Kommissare aus Deutschland (Öttinger, zuständig für Energie) und Österreich (Hahn, zuständig für Regionalpolitik). Nicht zu Energie gehören die Klimafragen und die Energieaußenpolitik. Von den 13 wiederbenannten Kommissionsmitgliedern hat keines den bisherigen Geschäftsbereich behalten. Die drei größten Fraktionen im EP (EVP, S&D und Liberale) haben sich bereits positiv geäußert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1837&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.euractiv.com/en/future-eu/barroso-unveils-new-eu-commission-line/article-187774>

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-65483-331-11-48-901-20091127IPR65482-27-11-2009-2009-false/default_de.htm

Europäisches Parlament bereitet sich auf 18 neue Abgeordnete vor

Mit einer Änderung der Geschäftsordnung ermöglicht das EP, den nach dem Lissabon-Vertrag vorgesehenen 18 neuen Abgeordneten aus 12 EU-Mitgliedstaaten den Status von Beobachtern (ohne Stimmrecht) einzuräumen. Österreich wird statt mit aktuell 17 Abgeordneten dann mit 19 vertreten sein. Die Zahl der deutschen Abgeordneten wird - allerdings erst mit der nächsten Europawahl in knapp fünf Jahren - von 99 auf 96 verringert. Die Aufstockung bedarf einer Vertragsänderung, die voraussichtlich mit dem nächsten Beitrittsvertrag vollzogen wird.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/009-65082-327-11-48-901-20091124IPR65081-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0088+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

Europäisches Parlament entlastet Rat für Haushalt 2007

In einer Entschließung betont das EP, dass es vom Rat eine zufriedenstellende Antwort auf die drei wichtigsten Forderungen erhalten hat, die es in seiner Entschließung vom 23. April 2009 formuliert hat. Hierzu gehört die Übermittlung von Tätigkeitsberichten an den Haushaltskontrollausschuss des EP.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/035-65104-327-11-48-905-20091124IPR65103-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0085+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

Immunität des früheren Abgeordneten Tobias Pflüger nicht geschützt

Das Europäische Parlament hat den Antrag auf Schutz der Immunität des ehem. Abgeordneten Tobias Pflüger (Linke/DE) zurückgewiesen. Pflüger wurde am 2. März 2009 wegen Beleidigung zweier Polizisten im Zusammenhang mit einer Gegendemonstration gegen die Münchner Sicherheitskonferenz am 12.02.05 zu einer Geldstrafe verurteilt. Am 15. April hat der Staatsanwalt beantragt, das ursprüngliche Urteil aufzuheben und die Strafe angemessen zu erhöhen. Am 21. Juli 2009 jedoch hat das Landgericht München letztinstanzlich gegen Leistung einer Geldzahlung das Verfahren eingestellt.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/007-65045-327-11-48-901-20091123IPR65044-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0082+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

Aufgabenverteilung in neuer Kommission durch Kommissionspräsidenten

In der zweiten Fragestunde im EP mit Kommissionspräsident Barroso antwortete dieser auf die Frage von Daniel Cohn-Bendit (FR), Ko-Vorsitzender der Grünen/EFA, ob die Aufgabenverteilung in der neuen Kommission von Barroso oder den Mitgliedsstaaten entschieden werde, dass es die Aufgabe des Kommissionspräsidenten sei, die Kommission zu koordinieren und er dies auch erfüllen werde.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-65043-327-11-48-901-20091123IPR65040-23-11-2009-2009-false/default_de.htm

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

Europäisches Parlament lobt Fortschritte bei Erweiterungspolitik

In einer Entschließung begrüßt das EP den Beitrittsantrag Islands und geht davon aus, dass das Land bald den Status eines Kandidatenlandes erhalten wird; die Kommission sollte bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2010 ein Delegationsbüro in Reykjavik eröffnen. Gelobt werden auch die Fortschritte der Türkei, doch bedürfe es weiterer Anstrengungen bei der Religions- und Meinungsfreiheit sowie bei der Umsetzung der Justizreform. Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien seien bis Mitte 2010 abzuschließen. Die Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien (FYROM) sollten vom Europäischen Rat im Dezember eröffnet werden. Fortschritte gebe es auch bei den übrigen Westbalkanländern, doch müsse auf strikte Einhaltung der politischen Kriterien, insbesondere der Rechtsstaatlichkeit, geachtet werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/027-65214-327-11-48-903-20091124IPR65211-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0097+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/555&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Rehn)

Makrofinanzielle Hilfe für Serbien, Bosnien, Armenien und Georgien

Das EP stellte hierfür am 24.11. insgesamt 446 Mio. EUR zur Verfügung. Serbien erhält ein Darlehen über 200 Mio. EUR und Bosnien-Herzegowina ein Darlehen über 100 Mio. EUR. Armenien erhält ein Darlehen über 65 Mio. EUR und einen Zuschuss über 35 Mio. EUR. Georgien bekommt einen Zuschuss in Höhe von 46 Mio. EUR. Es wird erwartet, dass der Rat ebenfalls rasch zustimmen wird.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/026-65074-327-11-48-903-20091124IPR65072-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0073+0+DOC+XML+V0//DE> (Serbien)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0074+0+DOC+XML+V0//DE> (Bosnien und Herzegowina)

b) Außenhandel

EP für verbindliche Herkunftsbezeichnungen bei Einfuhr aus Drittländern

In ihrer Entschließung vom 25.11.2009 fordern die Abgeordneten die Kommission auf, ihren Vorschlag für eine Verordnung zur Einführung verbindlich vorgeschriebener Angaben des Ursprungslandes von 2005 nicht zurückzuziehen, sondern ihn auf der Grundlage von Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unverzüglich nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erneut vorzulegen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/026-65101-327-11-48-903-20091124IPR65100-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0093+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

Zunehmender Anteil Chinas am Warenhandel der EU

Der Wert der Ausfuhren der EU27 nach China ist in der ersten Hälfte 2009 auf 37 Mrd. gefallen, gegenüber 39 Mrd. in der ersten Hälfte 2008, und die Einfuhren fielen von 112 Mrd. auf 103 Mrd.. Infolgedessen ist das Handelsbilanzdefizit der EU27 mit China von 73 Mrd. in der ersten Hälfte 2008 auf 65 Mrd. in derselben Periode 2009 gesunken. Der Rückgang des EU27 Handels mit China, der zwischen der ersten Hälfte 2008 und der ersten Hälfte 2009 registriert wurde, ist weniger stark als der allgemeine Abwärtstrend beim Gesamtaußenhandel der EU27. Dies führte zu einem Anstieg des Anteils Chinas am gesamten Warenverkehr der EU27 auf mehr als 7% der Ausfuhren und 17% der Einfuhren in der ersten Hälfte 2009, gegenüber 6% bzw. 14% in der ersten Hälfte 2008. China bleibt der zweitgrößte Handelspartner der EU27, hinter den USA.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/167&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Weltziele für Ernährungssicherheit verfehlt

In seiner Stellungnahme zum Weltgipfel für Ernährung der FAO stellt das Europäische Parlament fest, dass dieser das Hungerproblem nicht befriedigend angegangen sei. Die Zahl der Menschen, die unter Hunger und Armut leiden, übersteige inzwischen eine Milliarde. Die Auswirkungen der Tatsache, dass lange Zeit zu wenig in Ernährungssicherheit, Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums investiert wurde, hätten sich in jüngster Zeit unter anderem durch die Nahrungsmittel-, Finanz- und Wirtschaftskrisen noch verschlimmert. Die Millenniums-Entwicklungsziele würden nicht erreicht. Es müssten gemeinsam Schritte unternommen werden, um diesen Trend umzukehren und schrittweise zur Verwirklichung des Rechts auf angemessene Ernährung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit zu gelangen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/028-65279-327-11-48-903-20091125IPR65278-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0102+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

EP für politische Lösung für Piraterie vor Küste von Somalia

In einer Entschließung fordern die Abgeordneten eine Bekämpfung des Problems an der Wurzel. So seien die fehlende Staatlichkeit und die Armut anzugehen. Der Marine-Begleitschutz der EU funktioniere und alle Schiffe sollten um Schutz ersuchen. Damit ließen sich aber die Ursachen der Piraterie nicht bekämpfen.

http://www.euoparl.europa.eu/news/expert/infopress_page/031-65275-327-11-48-903-20091125IPR65274-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)
<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0099+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

III. Arbeit, Soziales, Chancengleichheit und Gesundheit

a) Arbeit, Soziales und Chancengleichheit

Europäische Arbeitsmärkte widerstandsfähiger als erwartet

Laut dem am 23.11. veröffentlichten Bericht „Beschäftigung in Europa 2009“ schlägt die derzeitige Krise auf die Arbeitsmärkte in der EU durch und macht den größten Teil des seit 2000 erreichten Beschäftigungswachstums wieder zunichte. Die Hauptlast des Beschäftigungsrückgangs tragen Männer, junge Menschen, Geringqualifizierte und Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen. Die Beschäftigtenzahlen in der EU sind seit Beginn der Krise um mehr als 4 Millionen gesunken, wenngleich die Auswirkungen durch Kurzarbeit und andere Regelungen etwas abgemildert wurden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1803&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/514&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=fr>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=119&langId=de>

EP dringt auf Ratifizierung der Abkommen der IAO

In der Erwägung, dass die Internationale Arbeitsorganisation seit 1919 ein System internationaler Arbeitsnormen eingerichtet und weiterentwickelt hat, die eine breite Themenpalette abdecken, u. a. Arbeit, Beschäftigung, soziale Sicherheit, Sozialpolitik und die damit verbundenen Menschenrechte, fordert das EP die Mitgliedstaaten auf, die Übereinkommen, die von der IAO als aktuell eingestuft worden sind, in Übereinstimmung mit den EU-Verträgen zu berücksichtigen;

<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0101+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>

b) Gesundheit

Nur umfassendes Rauchverbot bietet Schutz

In einer am 26.11. angenommenen Entschließung betont das Europäische Parlament, dass Schätzungen zufolge 25 % aller Krebstodesfälle und 15 % aller Todesfälle in der EU auf Rauchen zurückzuführen sein könnten. Nur ein umfassendes Rauchverbot in sämtlichen geschlossenen Arbeitsstätten, einschließlich der Gastronomie, sowie in sämtlichen öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln könne die Gesundheit von Arbeitnehmern und Nichtrauchern schützen. Auch würde es dadurch Rauchern erheblich erleichtert, das Rauchen aufzugeben. Die Abgeordneten fordern die Mitgliedstaaten auf, im Bereich des Gesundheitsschutzes für Arbeitnehmer weiterhin Vorschriften über den Nichtraucherschutz zu erlassen und die Bemühungen um den Schutz von Nichtrauchern zu verstärken.

http://www.euoparl.europa.eu/news/expert/infopress_page/066-65218-327-11-48-911-20091124IPR65217-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.euoparl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0100+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei

a) Ernährung

Vier neue geschützte Herkunftsbezeichnungen

Es handelt sich um die italienischen Esskastanien "Marroni del Monfenera" (IGP), französischen Senf "Moutarde de Bourgogne" (IGP), den italienischen Salat "Insalata di Lusia" (IGP) und die polnischen Erdbeeren "Truskawka kaszubska" oder "kaszëbskô malëna" (IGP).

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_fr.htm

b) Landwirtschaft

Deutschland kann Landwirte mit bis zu 15.000 EUR fördern

Die Kommission hat am 23.11. eine deutsche Beihilferegulierung in Höhe von etwa 100 Mio. EUR gebilligt. Aus den Daten, die die deutschen Behörden vorgelegt haben, gehe hervor, dass der Rückgang der Erzeugerpreise im deutschen Landwirtschaftssektor zu Einkommensausfällen von etwa 6 Mrd. EUR geführt hat. Die Beihilfen nach dieser neuen Regelung können bis zum 31. Dezember 2010 gewährt werden und in Form von Direktbeihilfen, Zinszuschüssen, bezuschussten Darlehen oder bezuschussten Garantien erfolgen. Dies ist der erste Fall einer Anwendung des neuen Rahmens für Agrarbeihilfen (vgl. [IP/09/1599](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1599)).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1805&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Mittel aus Konjunkturprogramm für ländlichen Raum

Der Ausschuss für die Entwicklung des ländlichen Raums hat eine zweite Gruppe von Vorschlägen aus den Mitgliedstaaten bzw. Regionen zur Verwendung von Mitteln aus dem EU-Konjunkturprogramm und dem GAP-Gesundheitscheck bewilligt.

Durch die bislang getroffenen Entscheidungen wird die bisherige Mittelausstattung für die Entwicklung des ländlichen Raums von mehr als 90 Mrd. EUR im Zeitraum 2007-2013 um weitere 1,6 Mrd. EUR aufgestockt. Über den Rest der zusätzlichen Mittel soll in den nächsten Monaten entschieden werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1813&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/countries/index_en.htm

Euroforum – Welche Landwirtschaft brauchen wir?

Über die Perspektiven der europäischen Agrarpolitik ab 2013 diskutieren am 04.12. an der Universität Stuttgart-Hohenheim u.a.: Elisabeth Jeggle MdEP (CDU), Heide Rühle MdEP (Grüne), Joachim Rukwied, Präsident des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg e.V., Dr. Gerhard Bronner, stellv. Vorsitzender des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg e. V., und Peter Simon MdEP (SPD) (angefragt). Moderation: Thomas Gack, Brüssel-Korrespondent der Stuttgarter Zeitung.

<http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/einladung-gap.pdf>

Kommission genehmigt 275 Millionen Euro für Bekämpfung von Tierseuchen

Die Kommission hat am 25.11. ein Finanzpaket von 275 Millionen Euro zur Unterstützung von Programmen zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung von Tierseuchen im Jahr 2010 genehmigt. Die 224 für die Finanzhilfe der EU ausgewählten Jahres- oder Mehrjahresprogramme sollen Tierseuchen bekämpfen, welche die Gesundheit von Mensch und Tier bedrohen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1826&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/eradication/legisl_en.htm

c) Fischerei

Rückgang bei Richtpreisen für Fischereierzeugnisse 2010

Die Kommission nahm ihren jährlichen Vorschlag für die Richtpreise für frische und gefrorene Fischereierzeugnisse sowie die Erzeugerpreise für die Verarbeitung von Thunfisch an. Die meisten Vorschläge sehen Preissenkungen vor.

http://ec.europa.eu/fisheries/press_corner/press_releases/2009/com09_73_en.htm

V. Binnenmarkt, Verbraucherschutz und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Konsultation zur Ergänzung der Pauschalreiserichtlinie

In einer bis zum 07.02.10 laufenden Anhörung, erbittet die EU-Kommission Anregungen zur Erstreckung der Rechte der Pauschalreiserichtlinie von 1990 auf Urlaubspakete, welche die Verbraucher selbst geschnürt hätten. Ins Auge gefasst werde auch die Ausweitung des Insolvenzschutzes auf den Kauf von reinen Flugdienstleistungen. 23 % der Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU (in Ländern wie Irland und Schweden über 40 %) buchten heutzutage „dynamische Pakete“, die zurzeit allerdings vielfach nicht vom EU-Recht erfasst sind – was 67 % der Käufer nicht wüssten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1824&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/524&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/consumers/rights/travel/consultation_en.htm

b) Wettbewerbsrecht

Förmliches Kartellverfahren gegen Bildschirmröhrenhersteller

Nachdem die Kommission bereits am 08.11.07 unangemeldete Inspektionen durchgeführt hatte, übermittelte sie im November 2009 die Beschwerdepunkte an die betroffenen Unternehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/525&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/453&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Gemeinschaftsunternehmen von Nokia und SAP

Die Kommission billigte ein Gemeinschaftsunternehmen zwischen der Finnischen Nokia Corporation und der deutschen SAP AG. Das Gemeinschaftsunternehmen soll Produkt-Authentifizierungen und Vorkehrungen gegen Fälschungen erstellen.

Deutsche Inkassofirma GFKL an US-Investor Advent

Die Kommission billigte die Übernahme der GFKL Financial Services AG (GFKL) durch die Advent International Corporation (Advent) aus den USA. Die 1992 gegründete GFKL Financial Services AG, Essen, ist ein Finanzdienstleister mit den Geschäftsbereichen Forderungsmanagement und Software. Im Bereich Forderungsmanagement bietet GFKL Inkasso- und Factoringdienstleistungen an. Advent ist eine Beteiligungsgesellschaft (private equity).

<http://www.gfkl.com/home/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/article/advent-international-erwirbt-mehrheitsanteil-am/>

VI. Wirtschaft, Finanzen

a) Wirtschaft und Finanzen

Kommission startet Konsultation zur EU 2020:

Die Kommission hat am 25.11. eine öffentliche Konsultation für eine bessere wirtschaftliche Zukunft mithilfe der EU-Strategie für 2020 eingeleitet. Die neue Strategie baut unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen auf den Ergebnissen der Lissabon-Strategie auf. Das Konsultationspapier zeigt auf, wie die EU bis 2020 die Folgen der Krise bewältigen, künftige Krisen verhindern und sich dabei auf drei Schwerpunkte konzentrieren will: Wertschöpfung durch Wissen, Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften sowie Schaffung einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft. Antworten zu dieser Konsultation sind bis zum 15. Januar 2010 einzureichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1807&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/index_de.htm

<http://ec.europa.eu/eu2020>

EZB-Präsident Trichet für Mäßigung bei Ausschüttungen der Banken

In einem Interview am 16.11. (veröffentlicht am 25.11.) hielt es Trichet für erforderlich, dass die Banken ihre Eigenkapitalbasis stärken, anstatt die Gewinne in Form von Dividenden und Bonuszahlungen an die Manager auszuschütten. Das Finanzsystem sei mit einem hohen Aufwand der Regierungen und Zentralbanken vor dem Zusammenbruch gerettet worden, damit es seiner Aufgabe, Kredite an Unternehmen und Haushalte zu vergeben, weiterhin nachkommen könne. Der EZB-Rat gehe aber davon aus, dass die Kreditvergabe höher sein könnte.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2009/html/sp091125.en.html>

Marktteilnehmer haben noch nicht Lehren aus Finanzkrise gezogen

In einer Rede am 17.11. betonte EZB-Direktionsmitglied Jürgen Stark, dass die erste Verteidigungslinie gegen zukünftige Krisen die Verantwortlichkeit der Marktteilnehmer für ihre Handlungen sein müsse. Die Manager hätten die langfristigen Folgen ihrer Entscheidungen auf Finanzinstitute und das Finanzsystem insgesamt zu beachten. Die Anreizsysteme seien auf dieses einfache Prinzip auszurichten. Er habe bisher aber noch keine nennenswerten Verhaltensänderungen der Marktteilnehmer feststellen können.

http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2009/html/sp091117_1.en.html

Europäische Zentralbank verschärft Anforderungen an Sicherheiten

Der EZB-Rat beschloss am 20.11. für verbriefte Forderungen (Asset-Backed Securities, ABS) die ab dem 1. März 2010 emittiert werden, bei ihrer Begebung ein AAA/Aaa-Rating von zwei (bisher einer) zugelassenen Ratingagenturen zu verlangen. Ab 01.03.2011 gilt dieses Erfordernis für alle ABS, die im Eurosystem als Sicherheiten für Zentralbankliquidität eingebracht werden. Zu den zugelassenen Ratingagenturen gehören Fitch Ratings, Moody's, Standard&Poor's und die deutsche Bundesbank (für deutsche nichtfinanzielle Unternehmen).

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2009/html/pr091120.en.html>

<http://www.ecb.europa.eu/paym/coll/elisss/html/index.en.html>

Kommission achtet auf Wettbewerbsrecht bei Restrukturierung von Opel

Beim informellen Ministertreffen am 23.11. konnte die Kommission einen Konsens dahingehend verbuchen, dass Beihilfen durch einzelne Mitgliedstaaten nur nach streng ökonomischen Kriterien vergeben werden dürfen. Zu wahren seien auch die Rechte der Arbeitnehmer auf Information und Konsultation. Alle Beteiligten begrüßten die erneute Initiative der Kommission. Die politischen Diskussionen sollen im Rat Wettbewerb fortgeführt werden. Die betroffenen Mitgliedsstaaten werden vor dem nächsten Koordinierungstreffen zum Restrukturierungsplan von Opel keine förmlichen Verpflichtungen eingehen. Für die Kommission nahmen Vizepräsident

Verheugen und die Kommissare Kroes und Špidla an dem Treffen teil. Für General Motors sprach der Internationale Präsident Nick Reilly.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/515&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weitere Erholung des Geschäftsklimaindex

Der "Business Climate Indicator (BCI)" für die Eurozone nahm im November zum achten Mal in Folge zu. Er verbleibt allerdings noch auf niedrigem Niveau.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1829&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/db_indicators8650_en.htm

Auftragseingänge in der Industrie im September gestiegen

In der Eurozone (EZ16) ist der Index der Auftragseingänge in der Industrie im September 2009 gegenüber dem Vormonat um 1,5% angestiegen. Im August stieg der Index um 0,6% an. In der EU27 nahmen die Auftragseingänge im September 2009 um 1,7% zu, nachdem sie im August um 2,0% zugenommen hatten. Im Vergleich zum September 2008 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im September 2009 in der Eurozone um 16,5% und in der EU27 um 16,4% ab.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/166&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

EU-Beitritt zur Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien

Energiekommissar Andris Piebalgs und der schwedische Staatssekretär Ola Alterå haben am 23.11. in Berlin die Satzung der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung wird die Europäische Union das 138. Mitglied dieser neuen Einrichtung, deren Ziel es ist, die Nutzung erneuerbarer Energien weltweit zu beschleunigen. Zum ersten Mal tritt eine zwischenstaatliche Organisation dieser Einrichtung bei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1804&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU – Osteuropa: Auf dem Weg zu einer Energieeffizienz-Partnerschaft

Die Osteuropäische Energieeffizienz- und Umweltpartnerschaft ist am 26. 11 auf einer gemeinsam von der Kommission und der schwedischen EU-Präsidentschaft organisierten Geberkonferenz in Stockholm aus der Taufe gehoben worden. Die ersten Maßnahmen mit Schwerpunkt Fernwärmeversorgung betreffen die Ukraine. . Die Kommission ist bereit, diese Initiative durch die folgenden Maßnahmen zu unterstützen: ein jährlicher Beitrag von 10 Mio. EUR über einen Zeitraum von vier Jahren als Ergänzung des Eigenbeitrags der Ukraine zu dem Fonds; Finanzierung von Projekten im Rahmen der Initiative über die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität; Beitrag zur Initiative über den Bürgermeisterkonvent; Beitrag zur Schaffung günstiger Investitionsbedingungen durch Hilfe für die erforderlichen Gesetzes- und politischen Reformen im Rahmen des INOGATE-Energieprogramms.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1818&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/558&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Ferrero-Waldner)

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

EP fordert Stärkung der Bürgerrechte im Stockholm-Programm

In ihrer Entschließung zum geplanten Mehrjahresprogramm der EU im Bereich Justiz und Inneres vertreten die Abgeordneten die Ansicht, dass das Programm von Stockholm vor allem Folgendes bewirken sollte: (i) solidarische Bewältigung der Probleme der Migration, (ii) Erzielung einer stärkeren Ausgewogenheit zwischen der Sicherheit der Bürger (z.B. Schutz der Außengrenzen, Verfolgung grenzübergreifender Verbrechen) und dem Schutz ihrer individuellen Rechte, (iii) Ermöglichung eines fairen Zugangs zur Justiz für die Bürger und (iv) Lösung der praktischen Probleme, denen die Bürger in der Europäischen Union in Fragen gegenüberstehen, für die verschiedene Rechtsordnungen gelten.

Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, ihre Arbeit an einem europäischen Vertragsrecht zu beschleunigen und einen gemeinsamen Referenzrahmen zu schaffen, der "den vertragsschließenden Parteien, wie Unternehmen und Verbrauchern, die Möglichkeit gibt, sich frei für das europäische Vertragsrecht als das für ihre Transaktionen geltende Recht zu entscheiden".

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-65084-327-11-48-902-20091124IPR65083-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0090+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

EP für umfassendes Instrument zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

In der Erwägung, dass es dringend notwendig ist, ein umfassendes Rechtsinstrument zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen in Europa, einschließlich des Frauenhandels, einzuführen, fordert das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, ihre einzelstaatlichen Gesetze und Maßnahmen zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen insbesondere durch die Ausarbeitung umfassender einzelstaatlicher Aktionspläne zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu verbessern, wobei diese Pläne auf einer Analyse der Auswirkungen der Gewalt gegen Frauen auf die Gleichstellung der Geschlechter und auf den internationalen vertraglichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen basieren und konkrete Maßnahmen zur Verhinderung männlicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Verfolgung der Täter umfassen sollten.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/014-65220-327-11-48-902-20091124IPR65219-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0098+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

b) Inneres

EP weist Vorschläge zu Europol zurück

Die Abgeordneten sprachen sich am 24.11. im Verfahren der Konsultation gegen vier Entwürfe für Ratsbeschlüsse aus und forderten, dass diese nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags erneut vorzulegen sind. Betroffen sind (i) Durchführungsbestimmungen für die von Europol geführten Arbeitsdateien zu Analysezwecken, (ii) Festlegung der Liste der Drittstaaten und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt, (iii) Vertraulichkeitsregeln für Europol-Informationen und (iv) Durchführungsregeln zur Regelung der Beziehungen von Europol zu anderen Stellen einschließlich des Austauschs von personenbezogenen Daten und Verschlusssachen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/013-65047-327-11-48-902-20091123IPR65046-23-11-2009-2009-false/default_de.htm

Drittes europäisches Katastrophenschutzforum abgehalten

EU -Umweltkommissar Stavros Dimas hat am 25.11. in Brüssel das dritte Katastrophenschutzforum eröffnet. Bei dieser zweitägigen Konferenz befassten sich mehr als 500 Katastrophenschutzfachleute mit der Frage, wie die EU-Mitgliedstaaten ihre Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen verbessern können. Mit dem Klimawandel könnten Häufigkeit und Schwere von Naturkatastrophen zunehmen, und Europa muss hierauf und auf andere Herausforderungen wie Terrordrohungen, Chemieunfälle und andere Zwischenfälle vorbereitet sein. Auf der Konferenz ist über zukünftige Herausforderungen des europäischen Katastrophenschutzes, technologische Entwicklungen und die Einbeziehung der Menschen bei der Vorbereitung auf Katastrophen diskutiert worden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1811&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

www.civilprotectionforum.eu

<http://ec.europa.eu/environment/civil/>

Bürger für europäische Katastrophenschutzmaßnahmen

Nach einer Eurobarometerumfrage sprechen sich 90% der Befragten für europäische Maßnahmen zur Prävention und zur Reaktion auf Katastrophen aus. Starke Zustimmung findet auch die Zusammenarbeit mit Nachbarländern und mit anderen Ländern weltweit. Am meisten gefürchtet werden Überschwemmungen (45%), Stürme (40%) und Industrieunfälle (29%).

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

UN-Klimakonferenz vom 07. bis 18.12. in Kopenhagen

Alle Informationen, die Tagesordnungen, Dossiers und aktuelle Nachrichten sind auf der Veranstaltungswebseite zu finden: <http://en.cop15.dk/>

EU dringt auf Führungsrolle der EU in Kopenhagen

Die EU-Regierungschefs müssen eine Führungsrolle einnehmen, um die internationalen Klimaschutzverhandlungen in Kopenhagen im Dezember zum Erfolg zu führen. In einer Resolution fordert das EP ein ambitioniertes und rechtsverbindliches Übereinkommen, das Ziele zur Verringerung der Emissionen in Industrie- und Entwicklungsländern, Finanzierungsverpflichtungen und Strafen bei Nichteinhaltung fest schreibt. Diese Entschlie ßung ist im Einklang mit den Positionen des Rats, wie sie beim Umweltministerrat am 23.11. erneut bekräftigt worden sind.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-65053-327-11-48-911-20091123IPR65052-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0089+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschlie ßung)

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/111411.pdf (PM Rat Umwelt)

Nordeuropa würde als einzige Region vom Klimawandel profitieren

Nach einer Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels in der EU, etwa auf die Landwirtschaft, Überschwemmungen, Küsten und Tourismus , würden die Schäden vor allem in Süd- und Mitteleuropa auftreten, während Nordeuropa als einzige Region im Blick auf die untersuchten Parameter wirtschaftliche Vorteile hätte.

<http://www.jrc.ec.europa.eu/pressroom>

c) Verkehr

Annahme der Reifenkennzeichnungsverordnung durch Rat und Parlament

Nach der Einigung im Rat stimmte auch das EP der Neuregelung zu, wonach ab November 2012 alle neuen Reifen, die in der EU verkauft werden, nach ihrer Treibstoffeffizienz, Haftung bei Nässe und Lärmerzeugung klassifiziert werden. Ein neues Kennzeichnungssystem, ähnlich den Energieklassen von Haushaltsgeräten (A bis G), soll Konsumenten vor dem Kauf über die Qualitäten des Produkts informieren. Rollgeräusche werden in Dezibel angegeben, mit einer besonderen Kennzeichnung für leise Autoreifen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1820&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-65051-327-11-48-909-20091123IPR65050-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0086+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

Fluggästen soll beim Konkurs der Fluglinie besser geholfen werden

In einer Entschließung fordert das Europäische Parlament die Kommission auf, bis zum 10.07.2010 gegebenenfalls einen Legislativvorschlag vorzulegen, der bei Konkurs der Fluglinie etwa über eine Versicherungslösung den Passagieren eine Entschädigung bietet und der freie Kapazitäten anderer Fluggesellschaften für die Rückflüge gestrandeter Urlauber mobilisiert. Außerdem fordert das EP die Kommission auf, die unverzügliche Freigabe beschlagnahmter Flugzeuge durch die nationalen Regulierungsbehörden zu prüfen, damit diese Flugzeuge zur Rückführung von Menschen eingesetzt werden können, die ihren Rückflug nicht antreten konnten.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-65062-327-11-48-910-20091123IPR65054-23-11-2009-2009-false/default_de.htm (Entschließung)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0092+0+DOC+XML+V0//DE>

EU-Kommission aktualisiert schwarze Liste der Fluggesellschaften

Die Kommission hat am 27.11. die zwölfte Aktualisierung der Gemeinschaftsliste der Luftfahrtunternehmen, für die in der Europäischen Union ein Flugverbot gilt, veröffentlicht. Neu aufgenommen wurden die Fluggesellschaften dreier Länder, nachdem bei Überprüfungen Sicherheitsmängel festgestellt worden waren. In die Liste alle Fluggesellschaften aufgenommen, die in Dschibuti, der Republik Kongo und São Tomé und Príncipe zugelassen sind. Bei dieser Aktualisierung wurden drei in der Ukraine zugelassene Fluggesellschaften von der Liste gestrichen. Anerkannt werden auch die erheblichen Fortschritte der Zivilluftfahrtbehörde Angolas und der Fluggesellschaft *TAAG Angola Airlines*. TAAG darf daher die Zahl der Flugzeuge erhöhen, die für Flüge nach Portugal eingesetzt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1831&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

<http://ec.europa.eu/transport/air-ban>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:312:0016:0037:EN:PDF>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

EU-Telekommunikationspaket endgültig verabschiedet

Nach dem Rat stimmte am 25.11. auch das EP dem Paket zu. Durch die neuen Bestimmungen sollen der Wettbewerb und die Investitionstätigkeit auf den europäischen Telekommunikationsmärkten verbessert und die Verbraucherrechte gestärkt werden. Hierzu gehört mehr Rechtssicherheit für Unternehmen, die in schnelle Glasfaser- und Drahtlosnetze investieren und die Öffnung von Funkfrequenzen für neue Mobilfunkdienste. Das gesamte

Telekom-Reformpaket wird mit seiner Veröffentlichung im Amtsblatt im Dezember in Kraft treten. Im Frühjahr 2010 wird das Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation GEREK eingerichtet. Die Umsetzung des Telekom-Reformpakets in das nationale Recht der 27 EU-Mitgliedstaaten muss bis Juni 2011 erfolgen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1812&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/tomorrow/index_en.htm

Medienkompetenz in der digitalen Welt

In ihren Schlussfolgerungen vom 26./27.11. begrüßen die EU-Medienminister die Empfehlung der Kommission vom 20. August 2009 zur Medienkompetenz in der digitalen Welt als Voraussetzung für eine wettbewerbsfähigere audiovisuelle und Inhalte-Industrie und für eine integrative Wissensgesellschaft. Bei der Förderung der Medienkompetenz sollte besonders berücksichtigt werden, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen unterschiedliche Bedürfnisse und Verhaltensweisen sowie unterschiedliche Möglichkeiten des Zugangs zu Medien haben können. Beispielsweise besäßen Kinder und Jugendliche oft eine natürliche Bereitschaft, die neuen Medien und die neuen Technologien zu nutzen, während Erwachsene möglicherweise mehr Erfahrungen gesammelt haben, die einer kritischen Einstellung gegenüber den Medieninhalten förderlich sein können.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15441.de09.pdf>

X: Bildung, Forschung, Kultur

Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018)

Die EU-Jugendminister nahmen am 26./27.11. den erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018) an. Sie ersuchen den Europäischen Rat, dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 eine Jugendperspektive beibehalten wird, und die Weiterführung von Initiativen im Einklang mit den Gesamtzielen des Europäischen Pakts für die Jugend zu unterstützen sowie die Umsetzung des neuen Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit im Zeitraum 2010 bis 2018 gewährleistet wird.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15131.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15131-co01.de09.pdf>

Sondermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund erforderlich

In ihren Schlussfolgerungen vom 26./27.11. weisen die EU-Bildungsminister darauf hin, dass es schon im Rahmen der frühkindlichen Erziehung und in der Grundschule und dann in allen Stadien des lebensbegleitenden Lernens gezielter Maßnahmen und einer größeren Flexibilität bedürfe, um Lernende mit Migrationshintergrund gleich welchen Alters zu unterstützen. Diese Maßnahmen sollten mit politischen Konzepten in anderen Bereichen koordiniert werden und auf die Bedürfnisse von Kindern mit Migrationshintergrund und ihrer Familien eingehen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14353.de09.pdf>

Noch viel Handlungsbedarf für Bildungsreform in der EU

Die Leistung der Bildungs- und Berufsbildungssysteme in der EU konnte zwar allgemein verbessert werden, aber es geht zu langsam, und die meisten der für 2010 festgelegten Reformziele können nicht mehr erreicht werden. Dies sind die wichtigsten Erkenntnisse aus zwei Berichten über die Fortschritte der Bildungsreformen und die europäische Zusammenarbeit, die die Europäische Kommission am 25.11. vorgestellt hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1816&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/520&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc1951_en.htm

Wissensdreieck erfordert mehr Kooperation

In ihrer Schlussfolgerungen zur Post-2010 Lissabon-Strategie erinnerten die EU-Bildungsminister an die zentrale Rolle von Investitionen in Bildung und Ausbildung. Eine besondere Herausforderung für den Bildungssektor sei die Notwendigkeit einer Überbrückung der kulturellen Kluft zwischen Bildung – im Sinne von Lehre, Lernen und Vermittlung soziokultureller Werte – sowie Forschung und Innovation im kommerziellen Bereich und die Notwendigkeit einer in stärkerem Maße innovativen und unternehmerischen Kultur im Hochschulbereich.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14344.de09.pdf>

Jugendliche finden innovative Lösungen für Schulabbrecher

Am 24.11. traten in Brüssel 95 Schüler der Sekundarstufe aus 25 Ländern gegeneinander an, um in 24 Stunden kreative Lösungen für eine ihnen gestellte Aufgabe zu entwickeln. Diese Veranstaltung fand im Rahmen des Europäischen Jahres für Kreativität und Innovation 2009 statt. Zu den gefundenen Vorschlägen gehört die Anregung, Schulabbrecher über soziale Netzwerke und Sonderprogramme weiterzubilden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1827&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://www.create2009.europa.eu>

<http://www.ja-ye.org/Main/Default.aspx?Template=TTitle.ascx>

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Am 27.11. beschloss der Rat der Europäischen Union, 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit“ auszurufen. Die Organisation des Jahres war von der Europäischen Kommission vorgeschlagen worden, und auch das Europäische Parlament hatte sich bereits dafür ausgesprochen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1836&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/862&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15658.de09.pdf> (Entscheidung des Rates)

Nach wie vor zu wenige Wissenschaftlerinnen in Europa

Frauen stellen nur 30 % der Forscher und nur 18% der ordentlichen Professoren in Europa. So die Ergebnisse der am 25.11. von der Kommission veröffentlichten neuesten Ausgabe von „She Figures“, einer Zusammenstellung von Statistiken und Indikatoren zur Geschlechtergleichstellung in der Wissenschaft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1815&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/research/science-society/index.cfm?fuseaction=public.topic&id=126&lang=22>

<http://ec.europa.eu/research/science-society/index.cfm?fuseaction=public.topic&id=27&lang=22>